

GEMEINDE LEOGANG



PROTOKOLL

Gemeindeamt Leogang
5771 Leogang Nr. 4
Pinzgau – Land Salzburg

Telefon: 06583/8223
Telefax: 06583/8223-83
E-mail: info@leogang.at
Internet: www.leogang.at

Zahl	Sachbearbeiter	Durchwahl	Datum
GV 200402	Isabella Paar	-13	06. Juli 2004

Sitzung am:	Montag, den 5. Juli 2004	Beginn:	20:00 Uhr
Ausschuss:	Gemeindevertretung	Ende:	23:40 Uhr
Sitzungsort:	Sitzungssaal – Gemeindeamt	Protokoll Nr.:	GV 200402
Einberufer:	Bgm. Helga Hammerschmied		

Anwesende: Bürgermeisterin Hammerschmied Helga, Vizebürgermeister Grundner Kornel, Gemeinderat DI Zehentner Alois, Gemeinderat Morokutti Bernhard, Gemeinderat Scheiber Sebastian, Gemeinderat Mitterer Paul, Gemeindevertreter Herzog Sebastian, Gemeindevertreter Ing. Herzog Manfred, Gemeindevertreter Bierbaumer Elias, Gemeindevertreter Herbst Johann, Gemeindevertreter Hartl Michael, Gemeindevertreterin Hilzensauer Christine, Gemeindevertreter DI Meissner Werner, Gemeindevertreterin Adelheid Pichler, Gemeindevertreter Unterberger Hermann, Gemeindevertreter Zehentner Harald, Gemeindevertreter Quehenberger Alfred (ab 20.45 Uhr)
Amtsleiter Hermann Mayrhofer (ab 20.55 Uhr), Kassenleiterin Zehentner Johanna, Schriftführerin Isabella Paar

Entschuldigt abwesend: Gemeinderat Heinzl Reinhold, Gemeindevertreter Griebner Josef
Nicht anwesend:

Tagesordnung

Bürgermeisterin Helga Hammerschmied begrüßt alle anwesenden Gemeindevertreter und Herrn Dr. Jean-Marie Krier.

I. Öffentlicher Teil

1. Genehmigung des Sitzungsprotokolles vom 26.4.2004

GR Mitterer teilt mit, dass er den im Punkt 2. des Sitzungsprotokolles vom 26.4.2004 erfassten Beschlusspunkt betreffend die „Lärmpegelbeschränkung auf max. Klasse II“ streichen möchte, da dies nicht beschlossen wurde, sondern nur ein möglicher Vorschlag gewesen ist.

Bgm. Helga Hammerschmied teilt mit, dass GR Heinzl sich hierüber erkundigt hat, seine Erkundigungen jedoch nicht sehr aufschlussreich waren und man nähere Erhebungen anstrebt.

Der Schriftführerin wird mitgeteilt, die Änderung vorzunehmen.

Das Protokoll wird ohne Verlesung einstimmig zur Kenntnis genommen und beschlossen.

2. „Klimabündnis“ – Vortrag Dr. Jean-Marie Krier

... warum also nicht als **neue Klimabündnis-Gemeinde** ein starkes Zeichen für den Klimaschutz setzen?

Was ist das Klimabündnis?

Das Klimabündnis ist eine globale Partnerschaft zum Schutz des Weltklimas zwischen insgesamt mehr als 1.400 europäischen Kommunen in 14 Staaten und den indigenen Völkern der Amazonas-Regenwaldgebiete. In Österreich haben sich neben mehr als 520 Städten und Gemeinden auch alle Bundesländer dem Klimabündnis angeschlossen. Die Mitglieds-Gemeinden, -Städte und -Länder haben sich freiwillig verpflichtet, es anzustreben,

- ihre CO₂-Emissionen bis zum Jahre 2010 zu halbieren und
- die Bündnispartner im Amazonasgebiet bei der aktiven Regenwalderhaltung zu unterstützen.

Was bietet das Klimabündnis seinen Mitglieds-Gemeinden?

- Einbettung in ein starkes Netz von Klimaschutz-Engagierten, in dem Erfahrungsaustausch groß geschrieben wird (Tagungen, Newsletter, etc.)
- Informationen für Gemeindezeitungen, etc.
- Zahlreiche Angebote zum Mitmachen (z. B. Ökostaffel, Autofreier Tag, Seminare zu Bio & Fair, etc.)
- Internationale Begegnungsmöglichkeiten (Projektbesuche im Rahmen der Partnerschaft mit den Völkern des Amazonas-Regenwaldes, Besuche von FairTrade-Produzentengruppen)

Auch die spezifischen Angebote für

- Betriebe (Klimabündnis-Betriebe) und
- Schulen (Schulen im Klimabündnis, Wettbewerbe, Kindermeilenkampagne, Workshops, etc.)

können für Gemeinden, die sich der Unterstützung Ihrer MitbürgerInnen beim Klimaschutz versichern wollen, durchaus interessant sein.

Wer macht alles mit?

Im Salzburger Land sind derzeit

- 27 Gemeinden (kleine und große, ländliche und städtisch geprägte),
- 67 Betriebe (viele unterschiedliche Branchen) und
- 3 Schulen Mitglied im Klimabündnis.

Weitere Informationen...

lassen sich natürlich der website des Klimabündnisses www.klimabuendnis.at oder auch dem Salzburger Teil <http://www.klimabuendnis.at/salzburg> entnehmen.

Vortrag von Herrn Dr. Jean-Marie Krier.

Beratung:

GR DI Zehentner findet, dass der „Umweltgedanke“ etwas in den Hintergrund gelangt ist und stellt den Antrag, dem Klimabündnis beizutreten.

GV Meissner teilt die Meinung von GR DI Zehentner und regt an, die Erfahrungen und Themen vom Klimabündnis in den Ausschusssitzungen einfließen zu lassen.

GV Bierbaumer möchte den Standpunkt des Klimabündnisses wissen, falls Waldrodungen für Skipisten etc. vorgenommen werden.

Dr. Jean-Marie Krier teilt mit, dass dem Klimabündnis wichtig ist, wie gehen Gemeinden mit Energie um. Es muss der Wunsch der Gemeinde sein, sich damit auseinander zu setzen, wie man damit umgeht.

GV Herzog S. findet es eine gute und positive Idee und teilt mit, dass in der Gemeinde Leogang bereits 80 % der Landwirte einen biologischen Betrieb führen und dies Anerkennung finden soll.

Vzebgm. Grundner stellt den Antrag die Angelegenheit dem Ausschuss für Bau, Umwelt und Raumordnung weiterzuleiten.

Dr. Jean-Marie Krier teilt mit, dass die Manifest - Übergabe eventuell am 4. August 2004 (Zwischenstopp der ÖKO-Tour in Leogang) stattfinden könnte.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung Leogang beschließt einstimmig dem Klimabündnis beizutreten und übergibt die Aufgabe an den Ausschuss für Bau, Umwelt und Raumordnung.

3. Bericht Überprüfungsausschuss

GR Sebastian Scheiber berichtet über die Sitzung vom 21. Juni 2004 auf deren Tagesordnung ausschließlich die Überprüfung der Jahresrechnung 2003 stand. Da die Jahresrechnung wie immer sehr

umfangreich ist und die neuen Mitglieder des Überprüfungsausschusses sich noch nicht ganz zurecht finden, wurde beschlossen die Jahresrechnung der Reihe nach durchzugehen.

Der Gesamtabchluss des ordentlichen Haushaltes weist einen Überschuss von ca. €7.500,00 auf. Die Summe der ordentlichen Einnahmen beträgt €5.102.310,30, der außerordentlichen €1.768.985,01. Die Ausgaben belaufen sich auf €5.239.150,54 im OH und €1.177.107,70 im AOH.

Im Jahr 2003 verursachte die Volksschule Kosten in der Höhe von ca. €100.000,00. Darin enthalten ist die Reparatur des Turnsaalbodens mit ca. €14.000,00.

Im Bereich Hauptschule stehen Einnahmen in der Höhe von €22.580,00 Ausgaben in der Höhe von €442.172,74 gegenüber. Die Leasingrate beträt €151.090,88 u. an die HS Saalfelden u. Zell am See wurden Kostenbeiträge in der Höhe von €55.520,33 überwiesen. Weiters beinhaltet die Summe der Ausgaben eine Zuführung an den AOH in der Höhe von €91.121,26. Berechnet man den Schulkostenbeitrag pro Kind (120 Schüler) so kommt man auf ein Ergebnis von €985,00.

Im Kindergarten ist im Jahr 2003 ein Abgang von €106.000,00 entstanden.

Für Sozialhilfe, Behindertenhilfe, Pflegegeld, Jugendwohlfahrt u. SAKRAF wurden im Jahr €500.000,00 ausgegeben.

Im Altersheim wurden im Jahr 2003 €287.219,44 eingenommen und €465.499,14 ausgegeben. Die Ausgaben beinhalten eine Zuführung an den AOH in der Höhe von €119.000,00. Der Abgang nach Bereinigung beträgt somit €59.279,70.

Bei der Wasserversorgung konnte ein Überschuss in der Höhe von €58.000,00 erwirtschaftet werden.

Die Müllbeseitigung wird mit einem Plus von €22.604,00 abgeschlossen.

Für das Museum musste eine Darlehensaufnahme in der Höhe von €562.782,74 gemacht werden. Der Rest des Anteiles der Gemeinde für den Erweiterungsbau in der Höhe von €76.000,00 wurde dem AOH zugeführt.

Bei den Betrieben mit marktbest. Tätigkeit mussten heuer zum ersten Mal Ausgleichsbuchungen - Abdeckung Überschuss/Abgang - (Maastrichtbuchungen) durchgeführt werden: Kanal: Überschuss €197.215,87; Schwimmbad, Sauna, Restaurant: Abgang €143.372,67

Das Kanaldarlehen für den BA06 wurde um €100.000,00 aufgestockt. Die endgültige Kanalabrechnung erfolgt nach Überprüfung der Abteilungen 6 u. 11. Die Bürgermeisterin berichtet, dass die Abteilung 11 im Frühjahr dieses Jahres eine genaue Bestandsaufnahme gemacht hat. In den letzten 2 Monaten wurde aber auf Grund der Mängel im Bauamt noch einiges an Wasser- u. Kanalanschlussgebühren vorgeschrieben, sodass sich Änderungen ergeben werden.

Die gemeindeeigenen Abgaben wie Grundsteuer A+B und Kommunalsteuer brachten im Jahr 2003 Einnahmen in der Höhe von €228846,79.

Ertragsanteile in der Höhe von ca. 1.900.000,00 wurden eingenommen. Diesen Einnahmen steht die Ausgabe der Landesumlage in der Höhe von €142.136,25 gegenüber. Weiters haben wir einen Härteausgleich in der Höhe von €41.107,63 bekommen.

Die Freie Budgetspitze für das Jahr 2003 wurde mit ca. 350.000,00 berechnet. Das ist ein eigentlich ganz gutes Ergebnis!

Die Bürgermeisterin bedankt sich beim Überprüfungsausschuss für die Überprüfung der Jahresrechnung und will wissen, welche Ausgabenüberschreitungen im Jahr 2003 gemacht wurden. GR Scheiber erläutert, dass der Großteil der Überschreitungen schon mit dem Nachtragsvoranschlag abgearbeitet wurde. Die Maastrichtbuchungen, die bei Betrieben mit marktbest. Tätigkeit gemacht werden müssen, sind die maßgeblichsten in der Jahresrechnung aufscheinenden Überschreitungen.

4. Beschlussfassung Jahresrechnung 2003

Zur Beschlussfassung der Jahresrechnung 2003 übergibt die Bürgermeisterin den Vorsitz an Vzbgm. Kornel Grundner.

Der Vizebürgermeister fragt, warum Zahlungen an das Musikschulwerk automatisch getätigt werden und das nicht so funktioniert wie bei der LKK. Die LKK muss jedes Jahr erneut einen Antrag auf Förderung stellen, das Musikschulwerk nicht! Die Bürgermeisterin erläutert, dass die Gemeinde diese Beiträge zu leisten hat, weil sie auch vom Land unterstützt werden. Für das kommende Jahr sind außerordentlich viele Anmeldungen. Es soll noch eine Besprechung zwischen Frau Zimmer (Musikschulwerk), Riedlsperger Hans und Bürgermeisterin stattfinden.

Weiters will der Vizebürgermeister wissen wofür die Zahlungen – Jugendwohlfahrt eigentlich verwendet werden. Die Bürgermeisterin sagt, dass das Land Salzburg alle Ausgaben in Jugendangelegenheiten finanziert und ein großer Teil wieder an die Gemeinden zurückfließt.

Nachdem es keine weiteren Fragen gibt, wird die Jahresrechnung 2003 einstimmig beschlossen.

5. Nachtrag zum Budget 2004

Amtsbericht:

Bei der Einschau der Gemeindeaufsicht im Frühjahr dieses Jahres wurden einige Änderungen im Voranschlag beantragt:

5.1 Veranschlagung der Maastrichtbuchungen:

- *Kanal (1/851/769 u. 2/914/869) €77.600,00
- *Schwimmbad (2/859/879 u. 1/914/779) €180.300,00
- *Sauna (2/8591/879 u. 1/914/779) €22.300,00
- *Restaurant (2/8593/879 u. 1/914/779) €700,00

5.2 Abwicklung Soll-Überschuss aus Vorjahren €300,00 – VA 2004 Verstärkungsmittel

5.3 AOH Zinsen u. Grdst. für Milling/Neuhäusl waren nur im Nachweis und nicht im VA veranschlagt

- *5/489/001 €10.000,00
- *5/489/650 €50.000,00

5.4 Korrektur des Darlehensnachweises

Nach Vornahme der Änderungen betragen die VA-Summen im OH € 5.195.700,00 und im AOH €518.000,00.

Darlehensaufnahme

Der Gesamtbetrag der Darlehen, die zur Bestreitung von Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes bestimmt sind, wird auf € 60.000,00 festgesetzt. Die Darlehen dürfen nur nach erfolgter aufsichtsbehördlicher Einzelgenehmigung gem. § 85 Abs. 1 lit. d der Sbg. Gemeindeordnung 1994 aufgenommen und ausschließlich nur für die im außerordentlichen Voranschlag angegebenen Zwecke verwendet werden; das Darlehen darf nur insoweit und nicht eher in Anspruch genommen werden, als dies zur wirtschaftlichen und sparsamen Durchführung des veranschlagten a.o. Vorhabens notwendig ist.

Verwendung von Rücklagen

Die Bürgermeisterin wird ermächtigt, bei verspätetem Eingehen von veranschlagten Einnahmen zur rechtzeitigen Leistung von veranschlagten Ausgaben des OH die vorhandenen Rücklagemittel vorübergehend bis zum Höchstbetrag von € 865.950,00 (ein Sechstel der veranschlagten ordentl. Einnahmen) in Anspruch zu nehmen. Sollten zu diesem Zeitpunkt Rücklagemittel nicht vorhanden sein, wird der Bürgermeister gem. § 31 Abs. 2 GHV 1998, LGBl.Nr. 39/1998, ermächtigt, Kassenkredite bis zu einem Höchstbetrag von € 865.950,00 aufzunehmen. Hierdurch werden die besonderen Genehmigungen gem. § 85 Abs. 1 der Sbg. Gemeindeordnung 1994 nicht berührt.

Aufnahme von Kassenkrediten

Kassenkredite (Kontokorrentdarlehen) sind ehestens, spätestens jedoch bis zum Ende des laufenden Rechnungsjahres zurückzuzahlen. Die Besetzung der Planstellen der Gemeinde, ihrer Anstalten und Betriebe darf ebenso wie die Besoldung nur nach dem beigeschlossenen Stellen- bzw. Dienstpostenplan erfolgen. Dieser unterliegt der Genehmigung der Landesregierung. Die individuelle Anstellung – Überstellung und eventuelle Beförderung ist separat zu beschließen und der Gemeindeaufsichtsbehörde zu melden.

Deckungsfähigkeit der Ausgaben

Gem. § 8 der Sbg. GHV 1998 wird zur besseren wirtschaftlichen Verwendung der vorhandenen Mittel bestimmt, dass bei den Ansätzen 010, 029, 163, 211, 240, 420, 612, 617, 810, 813, 814, 816, 817, 839, 840, 846, 851 die Postenklassen 4, 6 und 7 gegenseitig deckungsfähig erklärt werden (Personalaufwand und Sachaufwand sowie Investitionen sind ausgenommen).

Beschluss: Da es keine Fragen gibt, wird der Nachtrag zum Budget 2004 einstimmig beschlossen.

6. Beschluss Zwischenfinanzierung Bergbaumuseum Leogang

Amtsbericht:

Da die Unterstützungen für Museumserweiterung und Sonderausstellung 2003 erst in den nächsten Jahren eintreffen werden, musste zur Entlastung des Gemeindekontos am Ende des Jahres 2003 ein Darlehen zur Zwischenfinanzierung aufgenommen werden. Die Darlehenshöhe betrug €562.782,74.

Berechnung der Darlehenshöhe:

Kosten Erweiterungsbau u. Sonderausstellung	€ 1.122.311,37
abzgl. VSt, Förderungen, Kostenanteil Gemeinde	€ <u>559.528,63-</u>
Darlehen	€ 562.782,74

Beratung und Beschluss:

Die Bürgermeisterin berichtet, dass der Geschäftsführer der Raiffeisenbank Leogang, Hans Riedlsperger, an sie herangetreten ist und sie aufgefordert hat einen Kreditvertrag zu machen. Da nicht sicher ist, ob ein Darlehen aufgenommen werden muss, oder ob es sich um interne Kreditvereinbarungen handelt wurde die Bürgermeisterin beauftragt mit Herrn Riedlsperger zu verhandeln. Ein Darlehen wird wirtschaftlich nicht als sinnvoll erachtet. Sollte es möglich sein mit einem Kontokorrentkredit zu arbeiten (wie Milling/Neuhäusl), so hätte die Gemeinde die Möglichkeit Geld hin- und herzutransferieren damit die Grundsätze der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit gewahrt bleiben.

7. Teilabänderung Flächenwidmungsplan im Bereich des „Beherbergungsgrossbetriebes Krallerhof“, KG 57210 Pirzbichl, GN 239, Änderungsfläche 1983,70 m²

Amtsbericht:

Mit Schreiben vom 27.4.2004 hat Herr Josef Altenberger sen. folgenden Antrag gestellt:

„Ich, Josef Altenberger sen., ersuche die Gemeinde Leogang um Genehmigung einer Änderung der Bebauungsgrenze zur Neuerrichtung eines Gäste-Zimmertraktes mit Verbindung zum bestehenden Fürstenhof. Ich beabsichtige das neue Gebäude südwestlich des bestehenden Fürstenhofes zu situieren. Deshalb ersuche ich um Erweiterung des bebaubaren Bereiches Richtung Süd-Westen wie in beiliegendem Vermessungsplan dargestellt.

Ich beabsichtige das Gebäude im Jahr 2004 zu errichten. Die Einreichunterlagen werden Mitte des Jahres 2004 den Behörden vorgelegt.“

Die Bürgermeisterin hat gemäß § 23 Abs. 4 ROG 1998 die Auflage des Entwurfes zu dieser Änderung 4 Wochen an der Amtstafel kundgemacht. Während dieser Auflagefrist wurden keine Einwendungen zu diesem Entwurf vorgebracht.

Der Ortsplaner DI Günther Poppinger beurteilt mit Gutachten vom 4.5.2004, Zahl 01/0401, die Umwidmung positiv.

Vorschlag DI Poppinger: „..... im Zusammenhang mit den baulichen Aktivitäten im Bereich Krallerhof wäre es günstig, wenn wir uns einmal mit dem Eigentümer zusammensetzen könnten, um für eine nachhaltige widmungsmäßige Lösung in diesem Bereich zu sorgen, um nicht ständig Stück für Stück Teilabänderungen durchführen zu müssen.“

Beratung betreffend Vorschlag DI Poppinger:

Vzbebm. Grundner regt an, einen Betrieb in dieser Größenordnung von Seiten der Gemeinde zu unterstützen und keine „künstliche Begrenzung“ zB der Bettenanzahl aufzuerlegen – eine generelle Freigabe betrachtet er jedoch auch als schwierig.

GR DI Zehentner ist mit diesem Vorschlag nicht einverstanden und möchte dringend davor warnen, da man sonst keine Möglichkeiten mehr hat, einzugreifen.

GR Morokutti teilt die Meinung von GR DI Zehentner.

Beschluss: Die Gemeindevertretung Leogang beschließt einstimmig das oben angeführte Ansuchen des Herrn Altenberger Josef sen. unter Vorlage des positiven Gutachtens des Herrn DI Poppinger zu bewilligen.

Eine Entscheidung betreffend den Vorschlag von Herrn DI Poppinger wird vertagt.

8. Beschluss Bebauungsplan Stadlbauersiedlung

Amtsbericht:

In der GV-Sitzung vom 2.10.2003 wurde die Auflage des Bebauungsplanes Grundstufe Stadlbauersiedlung und gleichzeitig die Aufhebung des rechtsgültigen Bebauungsplanes der Aufbaustufe für den unbebauten Teil des gegenständlichen Siedlungsteiles beschlossen.

Während der Aushangfrist wurden zwei Einwendungen von Bewohnern der nördlich anschließenden Reihenhausgruppe und von der Familie Lochner (Anrainer) eingebracht.

Einwendung 1:

Betrifft Trauf- und Firsthöhen:

Dieser Einwendung wurde von Arch. Ing. Sturany stattgegeben und die Trauf- und Firsthöhen auf geringere Höhen festgelegt.

Einwendung 2:

Familie Lochner befürchtet, dass durch die Errichtung eines Mehrfamilienhauses ein Licht- und Sonnendefizit entsteht.

Kommentar Arch Ing. Sturany dazu: Die vorher geplanten 3 Reihenhäuser hätten eine Firsthöhe von 9,5 m und einen Abstand von 19 bis 26 m vom Wohnhaus der Familie Lochner. Das geplante Mehrfamilienhaus hat eine Firsthöhe von 11,5 m und eine Entfernung (First) von ca. 32 m, also deutlich weiter entfernt, als die ursprünglich geplante Bebauung.

Die angestellte Besonnungsuntersuchung belegt, dass es zu keinen nennenswerten Besonnungsänderungen kommt.

Arch. Sturany empfiehlt daher, dem Einwand nicht statt zu geben.

Über Gespräche zwischen Familie Lochner, Bgm. Helga Hammerschmied und Direktor Struber der Salzburg Wohnbau wird bei der Sitzung informiert.

Beratung:

Bgm. Helga Hammerschmied teilt mit, dass in einem Gespräch mit Herrn Dir. Struber der Salzburg Wohnbau und Herrn Arch. Ing. Sturany einvernehmlich folgendes beschlossen wurde:

- neu zu errichtenden Häuser vor den bestehenden Reihenhäusern - Firsthöhe 7,45 m
- neu zu errichtenden Häuser südlich vom „Dorfplatz“ – Firsthöhe 8,40 m
- zwei Mehrfamilienhäuser gleiche Höhe wie die bestehenden Mehrfamilienhäuser-minus 40 cm

Die Bewohner haben sich damit einverstanden erklärt.

Familie Lochner teilt jedoch mit, dass sie kein Mehrfamilienhaus vor oder neben ihrem Haus wollen. Dir. Struber und Arch. Ing. Sturany haben jedoch mitgeteilt, dass es nicht in Frage kommt, das zweite Haus weiter westlich zu bauen.

GV Unterberger teilt mit, dass der Einwand der Fam. Lochner nicht relevant sei.

GR DI Zehentner möchte die oben angeführten Änderungen beschließen, damit nichts „auf die lange Bank geschoben wird“.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung Leogang beschließt einstimmig den Bebauungsplan „Stadlbauersiedlung“ mit oben angeführten Höhenkorrekturen zu bewilligen.

Über Antrag von Bgm. Helga Hammerschmied fasst die Gemeindevertretung Leogang einstimmig den Beschluss, die Beschränkung, dass nur „Leoganger“ Wohnungen mieten dürfen, aufzuheben.

9. Ansuchen um Aufhebung des Bebauungsplanes GP 389/5; KG Pirzbichl

Amtsbericht:

Die Fa. Baumeister Haslinger ersucht im Namen des Grundbesitzers, Herrn Dr. Drost M. von Brüning, Müllerwis 19, CH-8606 Greifensee, für die noch nicht bebaute Grundparzelle GP 389/5, KG 57120 Pirzbichl im Bereich der Stockingsiedlung um Aufhebung des mit Bescheid vom 21.07.1967, Zahl 9288/4-1967 vorordneten Bebauungsplanes.

Gleichzeitig wird um eine Bauplatzerklärung ersucht.

Dem Ansuchen liegt ein Aktenvermerk bzw. ein Gespräch am Gemeindeamt vom 01.10.2003 mit Herrn Mag. Mayrhofer, Herrn Ing. Hörl und Herrn BM Waltl zu Grunde.

Um einen Beschluss fassen zu können ist ein entsprechendes Gutachten von einem Sachverständigen erforderlich.

Beratung:

Bgm. Helga Hammerschmied teilt mit, dass am heutigen Tage mit Herrn Ing. Bernd Zeller, Land Salzburg, in der Gemeinde Leogang ein Gespräch sowie eine Besichtigung stattgefunden hat. Sie teilt darüber hinaus mit, dass Herr Ing. Zeller Bedenken hat. Er glaubt, dass die Aufhebung des Bebauungsplanes Probleme nach sich ziehen wird.

Ing. Bernd Zeller wird mit dem Bauwerber ein Gespräch führen und berichten.

Der Beschluss wird vertagt.

10. Wartungsverträge Hauptschule Leogang

Wartungsabkommen für Brandmeldeanlage – Angebote:

Fa. „Labor Strauss Sicherungsanlagen Gesellschaft m.b.H.“, Wien – 1 Wartung / Jahr - jährlich EURO 490,--

Fa. Aberger Elektro und Energietechnik GmbH“, Piesendorf, - 1 Wartung / Jahr - monatlich EURO 610,40

Wartungsabkommen für Aufzug – Angebote:

Fa. Hollaus-Aufzüge Maschinenbau GesmbH, Breitenbach

Bei Vollwartung - 4 Wartungen / Jahr – pro Wartung EURO 380,-- (jährlich EURO 1520,--)

Bei Teilwartung - 4 Wartungen / Jahr – pro Wartung EURO 224,-- (jährlich EURO 896,--)

Wartung- und Überwachung Heizanlage – Angebote:

Fa. Riccius-Seibt , Salzburg-Wals – 1 Wartung / Jahr – jährlich EURO 1.504,--

Alle Preise excl. MwSt

Beratung:

Bgm. Helga Hammerschmied teilt mit, dass sie es für notwendig hält Wartungen durchzuführen.

Sie teilt weiters mit, dass in der Hauptschule Leogang bereits Störungen den Aufzug betreffend vorhanden sind.

Bgm. schlägt der Gemeindevertretung vor, an Sie die Vollmacht zu erteilen, um Wartungen in Auftrag zu geben.

GR Morokutti regt an, vorher nochmals neue Angebote der jeweiligen Firmen einzuholen, da einige Angebote schon vor mehreren Jahren gestellt wurden.

Es soll geprüft werden, ob das Angebot der Fa. Hollaus-Aufzüge noch aktuell ist – und dann ein Wartungsvertrag für eine „Teilwartung“ abgeschlossen werden.

GR Mitterer und GR DI Zehentner regen an, die bestmöglichen Angebote anzunehmen.

Betreffend die Wartung der Lüftungsanlage soll noch einmal ein Gespräch mit Herrn Salcher geführt werden.

Die Wartung- und Überwachung der Heizanlage wird nicht in Auftrag gegeben, da mit Rupert Eder die Heizanlage im kompetenten Händen ist. Ein Wärmemengenzähler soll für die Zukunft in Betracht gezogen werden.

11. Musikprobenraum - Klimaregelung

Nachholung des Beschlusses zum provisorischen Umlaufbeschluss lt. telefonischer Absprache mit den Fraktionsvorsitzenden bzw. Bürgermeisterin und Vizebürgermeister.

Beratung:

Bgm. Helga Hammerschmied teilt mit, dass der Kapellmeister der Meinung ist, das bei der Belüftung der Musikprobenräume am Bedarf vorbei geplant worden ist.

Es hat ein Gespräch zwischen Bgm. Hammerschmied, Hr. Salcher, GR Morokutti, GV Ing. Herzog und Kapellmeister Riedlsperger stattgefunden.

GR Morokutti teilt mit, dass der Luftaustausch im Musikprobenraum zu gering ist und im Sommer eine Durchschnittstemperatur von 35 C herrscht (hohe Luftfeuchtigkeit).

Es wurde mit Kapellmeister Riedlsperger vereinbart, einen Sonnenschutz, welcher sich bei starker Sonneneinstrahlung automatisch in Betrieb setzt, anzuschaffen. Kosten ca. EURO 1.000,--

GR DI Zehentner hat kein Verständnis dafür, dass eine moderne Schule gebaut wird und im nachhinein wieder Ausgaben von EURO 20.000,-- anfallen.

GV Ing. Herzog glaubt nicht, dass Hr. Salcher den Fehler eingestehen wird und rät einer jahrelangen Streiterei aus dem Weg zu gehen. Er rät ebenfalls die jetzige Absaugung prüfen zu lassen, da die Möglichkeit besteht, dass „diese nicht richtig funktioniert“.

Bgm. Hammerschmied teilt mit, dass dies bereits in die Wege geleitet wurde.

Vzbgm. Grundner teilt mit, dass ein Umlaufbeschluss gefasst wurde und die „Kühlanlage“ bereits bestellt wurde. Kosten EURO 15.641,--
Er regt an, dass probiert werden soll, die Mehrkosten einzubringen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung Leogang beschließt einstimmig die Anschaffung der Kühlanlage für den Musikprobenraum.

12. Parkplatzgestaltung westlich vom Friedhof

Besprechung über eventuelle Gestaltung des Parkplatzes.
Kosten?

Beratung:

AL Hermann Mayrhofer teilt mit, dass die Mitarbeiter des Bauhofes bereits eine Skizze erstellt haben, in welcher Form der Parkplatz neu gestaltet werden soll.

Es sollen Laternen aufgestellt, der Parkplatz asphaltiert, die einzelnen Parkplätze markiert und Grünstreifen laut Skizze angebracht werden. Die Leistensteine wurden bereits angekauft. Vom Haus Lederer südöstlich soll an das Ortskanalnetz angeschlossen werden, damit eventuell in absehbarer Zeit eine öffentliche Toilette neben der Leichenhalle vorhanden sein wird.

Es sollen die Kosten eruiert werden.

Es muss auch erhoben werden, ob Anrainer bereit sind, die Gestaltung des Parkplatzes mitzufinanzieren und vor allem in welcher Höhe.

Nach Vorliegen der Kostenaufstellung wird die Beschlussfassung auf die Tagesordnung gesetzt.

13. Auftragsvergabe TÜV für Gemeindeeinrichtungen

1. **Volksschule / Hauptschule:**

Schultafel	16 Stück
Turnhall	2 Stück
Kletterwand	1 Stück

2. **Freizeitanlage Sonnrain:**

Wasserrutsche	3 Stück
Fitnessraum	1 Stück
Spielplatz klein	1 Stück

3. **Kindergarten**

Gymnastikraum	1 Stück
Spielplatz	1 Stück

4. **Fitnessparcours** 1 Stück

5. **Bauhof/Feuerwehr** 7 Stück
kraftbetätigte Tore

6. **Altersheim / Hauptschule**

Aufzug	2 Stück
--------	---------

Gesamtpreis (excl. MwSt) inkl. Fahrtspesen gesamt EURO 1.737,75
bei 3-jähriger Bindung 5 % Nachlass
bei 5-jähriger Bindung 7 % Nachlass

Beratung:

Bgm. Hammerschmied hält es für notwendig eine regelmäßige Prüfung durchführen zu lassen, da man in letzter Zeit von vielen Unfällen in Schulen oder auf Spielplätzen gehört hat.

Bgm. Hammerschmied schlägt vor, einen Vertrag auf die Dauer von 3 Jahren (d.h. 5 % Nachlass) abzuschließen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung Leogang beschließt über Antrag von Bgm. Hammerschmied einstimmig einen Vertrag auf die Dauer von 3 Jahren mit der Fa. TÜV Österreich abzuschließen.

14. Anschaffung einer neuen Amtstafel im Bereich Hauptschule

Um öffentliche Kundmachungen und Mitteilungen einer breiteren Bevölkerung näher zu bringen, hat die Bürgermeisterin von der Fa. Fill Metallbau Gesellschaft m.b.H., Ried ein Angebot für eine neue Amtstafel im Bereich Hauptschule eingeholt.

Kosten EURO 2.000,--

Beratung:

Bgm. Helga Hammerschmid schlägt vor eine zusätzlich Amtstafel im Bereich Hauptschule aufzustellen.

GV Hartl und GR Mitterer sind dagegen eine zweite Amtstafel anzuschaffen, es ist ausreichend eine Amtstafel im Ort zu haben.

GR DI Zehentner findet den vorgeschlagenen Standort direkt neben der Strasse nicht optimal, da zB im Winter die Amtstafel durch den Schnee, usw. zu sehr verschmutzt werden würde.

GV Bierbaumer glaubt nicht daran, dass mehr Leute sich für die Amtstafel interessieren, wenn der Standort verlegt wird. Er glaubt, es wäre richtig, die Informationen über das Internet der Bevölkerung zu vermitteln.

GV DI Meissner hält es für wichtig, dass die Amtstafel einen offenen und prominenten Standort hat. Er schlägt überdies ebenfalls vor, die an der Amtstafel angeschlagenen Mitteilungen im Internet zu veröffentlichen.

GR Morokutti teilt mit, dass in anderen Gemeinden wie Saalfelden und Maria Alm die Amtstafel vor dem Gemeindeamt steht und stellt den Antrag, dass auch unsere Amtstafel vor dem Gemeindeamt platziert werden soll.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung Leogang beschließt einstimmig die Anschaffung einer neuen Amtstafel, als Standort wird das Gemeindeamt vereinbart.

Die bereits bestehende Amtstafel wird aufgelöst.

15. Beleuchtung Radweg Hütten – Leogang

Aufgrund mehrerer Anregungen aus der Bevölkerung von Leogang stellt die Volkspartei Leogang den Antrag, dieses Projekt zu verfolgen bzw. auszuarbeiten. Der Radweg zwischen Hütten und Leogang erfreut sich großer Beliebtheit und wird auch im Winter von vielen Spaziergängern (Einheimischen und Gästen) als Wanderweg genutzt. Mit einer Beleuchtung, welche zum Teil mit Solaranlagen betrieben werden könnte, würde die Barriere des langgezogenen Ortes verringert und ein zusätzliches Angebot für die Bevölkerung von Leogang und den Gästen geschaffen.

Vorschlag: Weiterleitung an den Ausschuss für Tourismus, Wirtschaft und Verkehr zur Ausarbeitung von verschiedenen Vorschlägen.

Beratung:

Wortmeldung Bgm:

„Die Idee der Beleuchtung zwischen Leogang und Hütten ist bereits im SPÖ-Wahlprogramm vorgesehen, deshalb bin ich auch für die Errichtung einer solchen Beleuchtung.

Zeitpunkt, Errichtung und Finanzierung muss noch geklärt werden.“

Weiters teilt sie mit, dass Hr. Herzog Josef, Bauhof, ein Angebot bei der Fa. E-Werk Wels AG eingeholt hat und sich aus dieser Aufstellung Kosten von rund EURO 455.000,-- ergeben.

Es wird der Antrag gestellt, die Prüfung dieses Angebotes sowie weiterer Angebote (kostengünstig wie möglich) dem Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr zu übergeben.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung Leogang beschließt einstimmig die Angelegenheit dem Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr zu übergeben.

16. Dorfbelebung Busverbindung Hütten - Leogang (speziell am Abend)

Durch den langgezogenen Ort von Leogang besteht zwischen diesen beiden Zentren ein Manko der Mobilität. Um hier einer einseitigen Entwicklung in Richtung eines Ortsteiles entgegenzuwirken und somit beide Zentren zu stärken, stellt die Volkspartei Leogang den Antrag, Varianten einer öffentlichen Verkehrsanbindung zu erarbeiten.

Vorschlag: Weiterleitung an den Ausschuss für Tourismus, Wirtschaft und Verkehr zur Ausarbeitung von verschiedenen Vorschlägen

Beratung:

Vzebgm. Grundner teilt mit, dass eine Entwicklung Richtung Asitzgebiet vorhanden ist. Er glaubt, dass durch eine eventuelle Busverbindung zwischen Hütten und Leogang die beiden Zentren wieder belebt werden würden.

Bgm. Hammerschmied ist der Meinung, dass diese Aufgabe nicht nur von der Gemeinde, sondern auch vom Tourismusverband wahrgenommen werden muss. Sie schlägt vor, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr zusammen mit dem Tourismusverband eine Lösung ausarbeiten soll.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung Leogang beschließt über Antrag von Bgm. Hammerschmied einstimmig die Angelegenheit dem Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr zu übergeben und dieser soll gemeinsam mit dem Tourismusverband eine Lösung finden.

17. Überdachung Schulhausplatz (Musikpavillion)

Seit jeher werden auf dem Schulhausplatz mehrere Veranstaltungen wie Platzkonzerte bzw. Begrüßungsabende durchgeführt. Diese Veranstaltungen leben durch den Besuch von Einheimischen und Gästen. Leider ist bei schlechtem Wetter die Durchführung nicht möglich bzw. es muss auf andere Lokalitäten ausgewichen werden. Um hier eine weitere Belebung des Ortskernes von Leogang zu ermöglichen und einen geeigneten Rahmen zur wetterunabhängigen Durchführung von Veranstaltungen zu schaffen, stellt die Volkspartei Leogang den Antrag dieses Projekt zu verfolgen bzw. auszuarbeiten.

Vorschlag: Weiterleitung an den Ausschuss für Tourismus, Wirtschaft und Verkehr zur Ausarbeitung von verschiedenen Vorschlägen

Beratung:

Bgm. Hammerschmied teilt mit, dass Vereine (unter Einhaltung der Bedingungen) jederzeit den Turnsaal in der Hauptschule Leogang für Veranstaltungen benützen können.

GV Unterberger führt jedoch aus, dass es für kurzfristige Veranstaltungen der Vereine zu viel Arbeit ist, den Boden auszulegen und die Bühnenteile aufzustellen, und daher der Turnsaal für diverse Veranstaltungen nicht geeignet ist.

Bgm. Hammerschmied ist auch in diesem Punkt der Meinung, dass der Tourismusverband bei der Beratung, Ausarbeitung und Finanzierung von Vorschlägen mit eingebunden werden muss.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung Leogang beschließt über Antrag von Bgm. Hammerschmied einstimmig, die Angelegenheit dem Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr zu übergeben und dieser soll gemeinsam mit dem Tourismusverband eine Lösung finden.

18. Bericht Ausschusssitzung f. Tourismus, Wirtschaft und Verkehr

Sitzung vom 18.6.2004

Bericht Vzebgm. Kornel Grundner

a) Fußgängerübergang im Bereich Minimarkt

Antrag auf Verlegung in die Mitte des Brückenhügels, Abschrägung der Randsteine (behindertengerecht), Errichtung einer Kette zwischen Einmündung Fußwege und Übergang,

Anbringung von Schulweghinweis an den Hügelauffahrten (Straße), Errichtung einer LED-Anzeigetafel mit Hinweis auf Schulweg.

Wortmeldung Bgm. Hammerschmied:

„Für die diesbezüglichen Vorrichtungen muss die Genehmigung der Straßenbaubehörde eingeholt werden, welche bereits in Auftrag gegeben wurde.“

b) Geschwindigkeitsregelung auf der B164

Antrag auf Errichtung einer durchgehenden 80 km/h-Beschränkung von Ecking bis nach Hütten!

Die Gemeindevertretung Leogang stimmt dem Antrag einstimmig zu.

c) Hinweistafeln im Ortsgebiet und Gehsteig im Bereich Hütten (Waltl westwärts) - Klärung auf nächste Ausschusssitzung vertagt.

d) Sicherheit auf dem Schulweg & Autofreier Tag - Gemeinde nimmt davon Abstand, wird jedoch den Schulen als Projekt vorgeschlagen.

e) Fahrzeuge für Vereine, Fa. Mobil - Wurde als nicht interessant abgelehnt!

19. Bericht Ausschusssitzung f. Soziales, Familien- und Sanitätssprengel

Sitzung am Montag, den 28. Juni 2004

Bericht GV Adelheid Pichler

Tagesordnungspunkte:

1. Weiterentwicklung Gesunde Gemeinde Leogang
2. Gemeinde-Seniorentag
3. Landeswettbewerb 2004 "Familienfreundlichkeit am Prüfstand - Land Salzburg sucht seine familienfreundlichsten Unternehmen

GV Pichler berichtet über die Sitzung vom 28. Juni 2004.

Zum Punkt 1.: Frau Prehofer Leni hat den Vorsitz der „Gesunden Gemeinde“ zurückgelegt und als neue Vorsitzende wurde Frau Heidi Pichler und als Stellvertreterin Frau Christine Hilzensauer gewählt

Zum Punkt 2.: Der Gemeinde-Seniorentag wurde für den 9. Oktober 2004 festgelegt. Ziel ist die neue Wasserwelt am Asitz. Kaffee und Kuchen sowie eine Jause werden bei der Stöcklalm eingenommen.

Zum Punkt 3.: Es wurde beschlossen, alle Betriebe in Leogang von diesem Wettbewerb durch einen Postwurf zu informieren.

20. Allfälliges

a) **ÖPNV (Öffentlicher Personen Nahverkehr) – Bereich Pinzgau**

Bgm. Hammerschmied schlägt Vzebgm. Grundner als ihren Stellvertreter vor und dieser nimmt das Amt des Stellvertreters an.

b) **Ausflug Belluno**

Bgm. Hammerschmied schlägt vor nochmals einen Versuch zu starten, einen gemeinsamen Ausflug der alten und neuen Gemeindevertretung nach Belluno zu planen. Terminvorschlag: 15.10 und 16.10.2004

Vzebgm. Grundner regt an, alle Gemeindevertreter (alt und neu) eine schriftliche Einladung zukommen zu lassen.

Antrag angenommen.

c) **Leonhardiritt**

Der Nostalgieverein „Leogang Anno 1900“ möchte in diesem Jahr wieder einen Leonhardiritt veranstalten. Bgm. Helga Hammerschmied begrüßt dieses Vorhaben sehr und sichert die Unterstützung der Gemeinde zu.

d) Jugend-Rotkreuz

Bgm. Hammerschmied berichtet, dass sie bei der Eröffnungsfeier vom „Jugend-Rotkreuz“ in Saalfelden war.

Herr Ingo Ebster bietet für die Gemeindevertreter einen „Erste Hilfe-Kurs“ an.

Die Gemeindevertretung nimmt an einem Info-Abend beim Roten Kreuz teil und in der Folge kann jeder/jede interessierte Gemeindevertreter(in) diesen „Erste-Hilfe-Kurs“ besuchen.

e) Bgm. Helga Hammerschmied berichtet über die am Montag, den 7. Juni 2004 stattgefundenen Gemeindevorstellungssitzung.

f) Kanalausbau

GR Scheiber informiert sich in wie weit der Kanalausbau fortgeschritten ist.

AL Mayrhofer teilt mit, dass im Bereich Schwarzbach noch einige Projekte anstehen, wo überlegt wird, ob eine eigene Kläranlage sinnvoller ist.

g) „Wasserversorgung – Stockingsiedlung“

GR Scheiber informiert sich über den Stand in dieser Angelegenheit.

AL Mayrhofer teilt mit, dass noch keine Einigung zwischen allen Anrainern zustande gekommen ist, und bereits die „Interessentengemeinschaft Stockingsiedlung“ schriftlich um Stellungnahme gebeten wurde.

h) GR Mitterer teilt mit, dass im Bereich Totengräberhaus die Straßenmarkierungen kaum mehr ersichtlich sind.

Bgm. Helga Hammerschmied teilt mit, dass dies umgehend an den Bauhofleiter zur Erledigung weitergeleitet werden wird.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Schluss der Sitzung um 23:40 Uhr

Vorgelesen, geschlossen und gefertigt

Die Schriftführerin:

Die Vorsitzende: